

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,  
Thomas Reich, Marco Schulz (AfD) und Fraktion**

**Betr.: Betriebserlaubnis für die Gas-Pipeline „Nord Stream 2“**

Deutschland steht vor den schwierigsten energiepolitischen Herausforderungen in seiner Geschichte. Auch und gerade Hamburg als größte Industriestadt Deutschlands ist stark betroffen.

I.

Ursächlich hierfür ist die zum einen in wesentlichen Bereichen grundsätzlich falsch konzipierte „Energiewende“. Der Ausstieg aus der Kernenergie soll nach derzeitigen Planungen bis Ende 2022 erfolgen. Die Kernkraftwerke Gundremmingen C, Brokdorf und Grohnde gingen bereits zum 31. Dezember 2021 vom Netz.

Auch die Verlängerung der Laufzeit der derzeit noch Strom liefernden deutschen Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim soll zum Jahresende 2022 planmäßig auslaufen.

Bis zum Jahr 2022 wird der Anteil der Kohleverstromung durch Steinkohle- sowie Braunkohle-Kraftwerke auf jeweils rund 15 Gigawatt reduziert. Bis 2030 sind weitere Reduktionen auf rund 8 Gigawatt-Leistung bei den Steinkohle-Kraftwerken und 9 Gigawatt-Leistung bei den Braunkohle-Kraftwerken vorgesehen. Bis 2038 soll der Ausstieg aus der Kohleverstromung spätestens abgeschlossen sein.<sup>1</sup>

In Hamburg wurde erst vor einem Jahr eines der modernsten Kohlekraftwerke Europas in Moorburg außer Betrieb genommen – ein energiepolitischer Sündenfall ersten Grades. Dieses Kraftwerk könnte die ganze Stadt mit Strom versorgen. Die nach rot-grüner Vorstellung als Ersatz vorgesehenen Zufallsenergien aus Wind und Sonne (neben Wasserkraft und Biogas) sind vollständig wetterabhängig und damit für eine stabile Netzfrequenz ungeeignet. Die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit sind gefährdet. Der Ausstieg aus Braunkohle, Steinkohle und Kernenergie, ohne über adäquate Ersatzenergie zu verfügen, war grob fahrlässig. Da regenerative Energien den Verlust nicht kompensieren können und nicht grundlastfähig sind, sind moderne **Gaskraftwerke** zur Absicherung der Versorgungssicherheit notwendig.

Insgesamt stand eine verlässliche, stabile und preisgünstige Energieversorgung Deutschlands und Hamburgs schon aus oben genannten Gründen und damit lange vor Beginn des Ukrainekriegs auf tönernen Füßen – ein Skandal für unseren Industriestandort.

II.

Vor dem Hintergrund der Sanktionen gegen Russland kommt es nunmehr zu erheblichen Engpässen im Bereich der Gasversorgung in Europa und insbesondere in Deutschland. Der Ukrainekrieg verschärft die Defizite der sogenannten Energiewende. Im deutschen Energiemix spielt Erdgas mit einem Anteil von 21,6 Prozent eine wichti-

---

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/kohleausstiegsgesetz-1716678>.

ge Rolle. 90 Prozent des Erdgases kommen aus dem Ausland: 38,2 Prozent aus Russland, 34,8 Prozent aus Norwegen, 22,4 Prozent aus den Niederlanden und 4,6 Prozent aus sonstigen Quellen.

Durch die Gas-Pipeline „Nord Stream 1“ werden derzeit nur noch 20 Prozent der möglichen Kapazität an Gas geliefert. In den kommenden Monaten droht Deutschland und Hamburg daher ein exorbitanter Gasnotstand.

Der Industrie wird neben dem durch Gas erzeugten Strom auch die durch Gas generierte Prozesswärme weitestgehend abhandenkommen.

Die privaten Verbraucher werden im kommenden Winter frieren, weil entweder kaum Gas zum Heizen vorhanden ist beziehungsweise das vorhandene Gas für den Großteil der Verbraucher nicht mehr bezahlbar ist.

In dieser Situation weigert sich die Bundesregierung allen Warnungen vor einem drohenden Energiemangel zum Trotz, die Wiederinbetriebnahme der im Jahr 2021 vom Netz gegangenen Kernkraftwerke und eine begrenzte Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke zu erwägen.<sup>2</sup>

Begründung: Es gebe keinen Mangel an Strom, sondern nur an Gas. Gleichwohl hat der Hamburger Senat kürzlich einen sogenannten 25-Punkte-Plan zur Reduzierung des Stromverbrauchs verabschiedet. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang auch noch, dass Gas derzeit noch zu 14,5 Prozent verstromt wird.

Trotz der extrem angespannten Situation weigert sich die Bundesregierung überdies beharrlich, das in Norddeutschland reichlich vorhandene Frackinggas zu fördern. Stattdessen soll Frackinggas aus anderen Ländern nach Deutschland eingeführt werden. Dazu sollen innerhalb kürzester Zeit an vier deutschen Standorten sogenannte LNG-Terminals errichtet werden. Allerdings gibt es weltweit eine zahlenmäßig begrenzte Flotte von circa 500 LNG-Tankern mit einer Gesamtkapazität von etwa 75 Millionen m<sup>3</sup>. Diese befinden sich hauptsächlich im Asien-Verkehr. Deutschland ist mit 55,6 Milliarden m<sup>3</sup> der größte Importeur von russischem Erdgas. Dieser Vergleich zeigt, dass Deutschland mittels Gastankern nicht ausreichend versorgt werden kann. Gegen den Einsatz dieser Tankschiffe spricht zudem, dass sie eine Unmenge an Schweröl verbrauchen um Gas zu transportieren, welches über Pipelines schneller und kostengünstiger und sauberer zu bekommen ist.

Auch andere Staaten können den Verlust des russischen Gases nicht ausgleichen. Bundeskanzler Scholz hat bei seinem kürzlich erfolgten Besuch in Kanada keine nennenswerten Zusagen für Gaslieferungen erhalten. Ähnlich ging es Außenministerin Baerbock in Japan und Wirtschaftsminister Habeck in Katar. Auch Norwegen ist nur begrenzt in der Lage, Verluste auszugleichen, die durch eine Minderlieferung aus Russland entstehen. Die Solidarität des Westens hat eben dort ihre Grenzen, wo sich ein Land willkürlich in eine selbstverschuldete energiepolitische Schieflage bringt.

Für einen Industriestaat wie Deutschland ist die Versorgung mit zuverlässiger und bezahlbarer Energie überlebensnotwendig. Hier drohen infolge des absehbaren Gasnotstandes irreparable Schäden. Als Folge der Gaskrise fahren Europas größte Schmelzhütten bereits den Betrieb runter.<sup>3</sup> Die Industrie warnt nach der Festlegung der Gasumlage vor massiven Folgen für die Betriebe.<sup>4</sup> Die privaten Verbraucher werden von Bundes- und Landespolitikern derweil mit Wasch- und Hygienehinweisen verbalbert. Wirtschaftsminister Habeck rät den Bürgern zu weniger ausgeprägten Dusch-

---

<sup>2</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article240593345/Habeck-lehnt-laengere-AKW-Laufzeiten-zur-Gas-Einsparung-ab.html>.

<sup>3</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Europas-groesste-Schmelzhuetten-fahren-Betrieb-runter-article23532817.html>.

<sup>4</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Industrie-warnt-vor-massiven-Folgen-fuer-Betriebe-article23526715.html>.

sessions<sup>5</sup> und der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg rät den privaten Verbrauchern zum Waschlappen. Dieser könne das Duschen zuweilen ersetzen.<sup>6</sup>

III.

In dieser aktuellen Krisensituation mit unabsehbaren Folgen für Industrie und Bürger fordert die Hamburger AfD-Fraktion die Erteilung der Betriebsgenehmigung für die Gas-Pipeline „Nord Stream 2“.

Vergleichbares fordert auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki.<sup>7</sup>

Auch die Bürgermeister von Rügen fordern dies<sup>8</sup>, ebenso der Unternehmerverband Vorpommern<sup>9</sup> unterstreicht diese Forderung.

Frank Bommert, stellvertretender Chef der CDU-Fraktion im Landtag von Brandenburg, lässt sich wie folgt zitieren: „Es sei völlig klar, dass man „Nord Stream 2“ jetzt öffnen müsse.“<sup>10</sup> Handwerker aus Sachsen-Anhalt fordern in einem offenen Brief einen Sanktionsstopp.<sup>11</sup> Bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas können künftig pro Jahr durch die 9,5 Milliarden Euro teure Gas-Pipeline „Nord Stream 2“ geleitet werden – ohne Umweg über Transitländer und über eine Strecke von rund 1.230 Kilometern mit zwei parallelen Strängen auf dem Grund der Ostsee, vom russischen Ust-Luga bis zur Anlandestation in Lubmin bei Greifswald. Die Leitung ist fertiggestellt, aber noch nicht in Betrieb. Außenministerin Baerbock fordert derweil, die Betriebserlaubnis für diese Pipeline nicht zu erteilen.<sup>12</sup> Dies ist vor dem Hintergrund, dass Deutschland sehenden Auges in eine Gasversorgungskatastrophe läuft, unverantwortlich.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

1. Der Senat möge sich beim Bund/Netzagentur für die Betriebserlaubnis von Nord Stream 2 einsetzen.
2. Der Bürgerschaft ist bis 30.11.2022 zu berichten.

---

<sup>5</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/energiesparen-tipps-kosten-inflation-101.html>.

<sup>6</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/kretschmann-waschlappen-100.html>.

<sup>7</sup> [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-08/energiekrise-nord-stream-2-wolfgang-kubicki-fdp?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-08/energiekrise-nord-stream-2-wolfgang-kubicki-fdp?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

<sup>8</sup> [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-08/energiekrise-nord-stream-2-wolfgang-kubicki-fdp?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-08/energiekrise-nord-stream-2-wolfgang-kubicki-fdp?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

<sup>9</sup> <https://www.nordkurier.de/anklam/unternehmer-fordern-oeffnung-von-nord-stream-2-0749175508.html>

<sup>10</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/nord-stream-2-gasversorgung-russland-1.5636549>.

<sup>11</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Handwerker-fordern-in-Brief-an-Scholz-Sanktionsstopp-article23535263.html>.

<sup>12</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-2-gas-kritik-abhaengig-100.html>.